

Das Gewerkschaftsbündnis ist weiterhin entschlossen, diesen Gesetzentwurf zu bekämpfen

Seit dem 19. Januar haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Jugendliche, Rentnerinnen und Rentner sowie die gesamte Bevölkerung an acht Streik- und Demonstrationstagen, zu denen das Gewerkschaftsbündnis aufgerufen hatte, massiv ihre Ablehnung der von der Regierung geplanten Rentenreform zum Ausdruck gebracht. Auch an diesem Mittwoch demonstrierten mehr als 1,5 Millionen Menschen.

Diese sehr mehrheitliche Ablehnung der Verschiebung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre und der Verlängerung der Beitragsdauer wird durchgehend bestätigt: 70% der Bevölkerung und 94% der Erwerbstätigen sind gegen diese Reform.

Die Regierung hat alle verfassungsrechtlichen Tricks angewandt, um die Parlamentsdebatten zu beschränken. Diese Haltung ist eine Verweigerung der Demokratie, eine Missachtung des Ausdrucks der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und der sozialpolitischen Demokratie, sie ist ebenso unwürdig wie gefährlich.

Morgen, am Donnerstag, den 16. März, werden die Generalsekretäre, Ko-Delegierten und Vorsitzenden der Gewerkschaften um 12.30 Uhr vor der Nationalversammlung eine Pressekonferenz abhalten.

Das Gewerkschaftsbündnis ruft die Parlamentarier feierlich dazu auf, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Diese Ablehnung würde dem allgemeinen Willen entsprechen, der in der öffentlichen Debatte weitgehend zum Ausdruck gekommen ist.

Das Gewerkschaftsbündnis unterstützt und begrüßt die Entschlossenheit der mobilisierten Jugendlichen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus allen Berufsbranchen und ruft sie auf, die Aktionen morgen, am 16. März, dem Tag der Beratung dieser Reform in der Nationalversammlung, fortzusetzen.

Das Gewerkschaftsbündnis wird nach Abschluss der Prüfung des Gesetzentwurfs erneut zusammentreten.

Paris, den 15. März 2023

<https://solidaires.org/sinformer-et-agir/actualites-et-mobilisations/communiqués/lintersyndicale-toujours-determinee-a-combattre-ce-projet-de-loi/>